

# Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	V
<b>Einleitung</b> .....	1
<b>Teil 1: Mitgliedstaatliche Konzepte gemeinwohlorientierter Dienste</b> .....	3
A. <i>Frankreich</i> .....	3
I. Entwicklung des Begriffs des Service public .....	3
1. Objektive Konzeption .....	4
2. Subjektive Konzeption .....	5
3. Heutige Konzeption .....	6
a) Das allgemeine Interesse .....	8
b) Kontrollrechte der Verwaltung .....	8
c) Sonderrechte und -pflichten .....	10
II. Kategorien des Service public .....	11
III. Die Prinzipien des Service public .....	13
IV. Einzelne Services publics .....	14
B. <i>Spanien</i> .....	16
C. <i>Vereinigtes Königreich</i> .....	19
D. <i>Deutschland</i> .....	21
I. Entwicklung des Konzeptes der Daseinsvorsorge .....	21
II. Bedeutung des Konzeptes der Daseinsvorsorge .....	23
1. Daseinsvorsorge als Rechtsfolgen zeitigendes Konzept .....	23
2. Daseinsvorsorge als Konzept ohne rechtliche Konsequenzen .....	25
3. Punktueller Pflichten von Unternehmen bestimmter Wirtschaftszweige im Bereich der Daseinsvorsorge .....	28
<b>Teil 2: Beihilfecharakter von Ausgleichszahlungen</b> .....	29
A. <i>Die Entwicklung der Rechtsprechung der Gemeinschaftsgerichtsbarkeit</i> .....	30
I. Die Entwicklung vor der Rechtssache Ferring .....	30
II. Die Entwicklung ab der Rechtssache Ferring .....	33
1. Die Rechtssache Ferring (Ausgleichsansatz) .....	33
2. Die Kritik des Generalanwaltes Léger (Beihilfeansatz) .....	34
3. Der vermittelnde Ansatz der Generalanwälte Jacobs und Stix-Hackl (Gegenleistungsansatz) .....	37
4. Die Erwiderung von Generalanwalt Léger .....	40
5. Das Urteil in der Rechtssache Altmark Trans .....	42
6. Die Entscheidungen in den Rechtssachen GEMO und Enirisorse .....	44

B.	Analyse der Altmark-Kriterien. ....	47
I.	Das erste Altmark-Kriterium. ....	47
	1. Gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen. ....	47
	a) Wortlaut und Kontext. ....	48
	b) Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse. ....	51
	aa) Definitionsgrundlagen und Beispielfälle. ....	51
	bb) Der Grundsatz der Gestaltungsfreiheit der Mitgliedstaaten. ....	58
	cc) Einfluß der mitgliedstaatlichen Konzepte auf den Gemeinschaftsbegriff. ....	62
	aaa) Einzelfälle. ....	62
	bbb) Allgemeines Interesse. ....	62
	ccc) Gemeinwohlprinzipien und -verpflichtungen. ....	63
	(i) Spezifisch europarechtliche Erwägungen. ....	63
	(ii) Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten. ....	68
	(iii) Ergebnis. ....	69
	c) Verknüpfung der Dienstleistungen mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen. ....	70
	2. Betrauung des Unternehmens. ....	71
	a) Unternehmen. ....	71
	b) Betrauungsakt. ....	72
	aa) Übertragbarkeit der zu Art. 86 Abs. 2 EG ergangenen Judikatur und amtlichen Verlautbarungen. ....	72
	bb) Form des Betrauungsaktes. ....	75
	cc) Bezeichnung des betrauten Unternehmens. ....	76
	c) Klare Definition der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen. ....	81
II.	Das dritte Altmark-Kriterium. ....	83
	1. Nettomehrkostenansatz. ....	83
	a) Differenzhypothese. ....	84
	b) Angemessener Gewinn. ....	86
	c) Vorteilsabzug. ....	88
	2. Öffentliche Auftragsvergabe. ....	91
	a) Entbehrlichkeit einer konkreten Nettomehrkostenberechnung. ....	91
	b) Anforderungen an eine öffentliche Auftragsvergabe. ....	93
III.	Das zweite Altmark-Kriterium. ....	97
IV.	Das vierte Altmark-Kriterium. ....	100
	1. Öffentliche Auftragsvergabe. ....	102
	2. Analyse der Kosten eines durchschnittlichen, gut geführten Unternehmens. ....	103
	a) Vergleichende Analyse des Dienstleistungsmarktes. ....	104
	b) Vergleichende Analyse der vorgelagerten Märkte. ....	106
	c) Die Rechtssache Chronopost. ....	107

<b>Teil 3: Vereinbarkeit von Ausgleichszahlungen mit dem Gemeinsamen Markt.</b>	111
<i>A. Anwendbarkeit des Art. 86 Abs. 2 EG nach der Altmark-Trans-Entscheidung</i>	111
<i>I. Einzelfallentscheidungen</i>	112
<i>II. Abstrakt-generelle Maßnahmen</i>	115
1. Die Entscheidung vom 28.11.2005	117
2. Der Gemeinschaftsrahmen vom 28.11.2005	119
<i>B. Die Voraussetzungen des Art. 86 Abs. 2 S. 1 EG</i>	121
<i>I. Betrauung mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse</i>	121
<i>II. Verhinderung der Erfüllung der übertragenen Aufgabe</i>	121
1. Prüfungsmaßstab	122
2. Kriterien für eine Verhinderung der Erfüllung	126
a) Unmöglichkeit der Dienstleistungserbringung	126
b) Marktbezogenheit des Verhinderungsbegriffs	129
c) Beweislast	130
3. Berechnung der Höhe der erforderlichen Ausgleichszahlung	133
a) Kostenermittlung: Differenzhypothese	134
aa) Berücksichtigung von Effizienzgesichtspunkten	137
bb) Kostenermittlung bei auf verschiedenen Märkten tätigen Unternehmen	138
aaa) Kommissionsentscheidung und Gemeinschaftsrahmen vom 28.11.2005	139
bbb) Verkehrs- und Rundfunkbereich	141
b) Vorteilsabzug	145
aa) Mit der Dienstleistungserbringung verbundene Einnahmen	145
bb) Gewinne aus anderen Gemeinwohldiensten	145
cc) Andere staatliche Vergünstigungen	147
dd) Fakultativ: Gewinne aus Tätigkeiten ohne öffentlichen Auftrag	149
<i>C. Gegen Ausnahme: Dem Interesse der Gemeinschaft zuwiderlaufende Beeinträchtigung des Handelsverkehrs</i>	150
<b>Teil 4: Kritik</b>	155
<i>A. Allgemeine Kritikpunkte</i>	156
<i>B. Schlüssigkeit der Altmark-Kriterien im einzelnen</i>	161
<i>I. Die ersten drei Altmark-Kriterien</i>	161
<i>II. Das vierte Altmark-Kriterium</i>	162
1. Öffentliche Auftragsvergabe	162
2. Analyse der Kosten eines durchschnittlichen, gut geführten Unternehmens	163
<i>III. Ergebnis</i>	164

**Abkürzungen** ..... 167

**Literatur** ..... 171

**Sachregister**..... 191